

DER LANGE WEG ZUR WISSENSGESELLSCHAFT

KAI LEHMANN

»Es ist an der Zeit, Wissen anders zu schreiben«, wirbt ein Flaggschiff der deutschen Zeitungslandschaft für seinen neuesten Ableger: *Zeit Wissen*. Dieser doppeldeutige Slogan ist nur einer von vielen, der einen neuen Blick auf Wissen fordert. Aber jenseits von Pisa-Test, Quiz-Shows und Wissenschaftsfernsehen vollzieht sich ein ernstzunehmender Wandel, der seltener im Fokus der Massenmedien steht: das Entstehen der Wissensgesellschaft.

Die Idee einer Wissensgesellschaft wird in allen Sphären des öffentlichen Lebens diskutiert – meist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Der ökonomische Schwerpunkt mag dabei dem Ursprung der Idee geschuldet sein: die vordergründig soziologische, letztlich aber volkswirtschaftlich ausgerichtete Analyse des Wandels von Unternehmen. Auch der aktuell vorherrschende Trend, alles zu ökonomisieren, fördert eine Verengung des Begriffs auf Branchenstrukturen und Produktionsweisen. Die Wissensgesellschaft ist aber mehr: Auf politischen, sozialen und kulturellen Feldern prägt ihre Idee den gesellschaftlichen Wandel und ermöglicht Visionen, die der gängigen Ökonomisierung Alternativen entgegensetzt. So steht etwa das Konzept Open Source, frei erarbeitete und für alle zugängliche Software, nicht nur für eine alternative Gestaltung der Wissensgesellschaft, sondern auch für zukünftige Felder gesellschaftlicher Machtkämpfe.

Die Geburt einer Idee

Der Grundgedanke der Wissensgesellschaft ist die zunehmende Bedeutung von Wissen, besser: von Informationen, für die wirtschaftlichen Produktionsprozesse. Schon 1963 erwähnte der japanische Wissenschaftler Tadao Umesao den Begriff der Informationsgesellschaft in seiner Stufentheorie. Größere Wahrnehmung erfuhr das Konzept mit Peter F. Drucker (1969) und Daniel Bell (1976), die die »Postindustrial« bzw. »Knowledgeable Society« ausriefen. Sie entwickelten – neben dem Soziologen La-

ne – die Idee, dass die Ökonomie zunehmend auf Informationen basiere. Ausgangspunkt ist ein struktureller Wandel der Unternehmenslandschaft – von einer industriegeprägten hin zu einer auf Wissensprodukten basierenden Wirtschaft: Tatsächlich sind die Gesellschaften des beginnenden 21. Jahrhunderts vorrangig nicht mehr an der industriellen Fertigung orientiert, sondern an einer Dienstleistungsökonomie, in der Wissen die Schlüsselressource darstellt. Paradebeispiel ist der Mikrochip, dessen Preis zu 70 Prozent durch Forschung, Entwicklung und Kontrolle (also Wissen) bestimmt wird, und nur zu 12 Prozent durch Produktionsarbeit. Und dieser Trend gilt generell: Bis zu 80 Prozent des wirtschaftlichen Wachstums gehen – so die Europäische Kommission – heute auf neues oder verbessertes Wissen zurück.

Wissensarbeiter wie Symbolanalytiker sind die Arbeitnehmer der Zukunft; sogar die klassische industrielle Fertigung ist inzwischen von wissenschaftlichem Wissen abhängig, statt auf Erfahrungswissen zu basieren. Wissensarbeiter erzeugen, analysieren, verändern und bereiten Wissen auf. Sie sind Experten im Aushandeln und Abstimmen sozialer Kommunikation. Streitpunkt blieb und bleibt dabei stets die Frage, ab wann eine Ökonomie denn quantitativ eine informationsgeprägte sei und zu welcher Zeit das »Ende der Industriegesellschaft« zu erwarten sei.

Information versus Wissen

Das Wesen des Wissens und seine Beschaffenheit und Eigenschaften werden oft nur nebulös erklärt. Die Verwirrung steigert sich aber nochmals mit der Abgrenzung zum Begriff Information. Damit stellt sich auch die Frage, ob weltweit nun Wissens- oder Informationsgesellschaften im Entstehen sind.

In aller Kürze: Wissen grenzt sich zu Information dadurch ab, dass ersteres – für das jeweilige Individuum – als vorhanden, als »gewusst« gelten kann. Informationen dagegen sind akut benötigt und werden dementsprechend beschafft. Wissen ist in diesem Sinne inaktiv und wartet auf Abruf. Die ökonomische Analyse von Gesellschaft zielt eher auf die steigende Informationsabhängigkeit von Unternehmen ab. Diese können als Organisationen selbst gar kein Wissen anreichern, sondern lediglich ihre Mitarbeiter dazu motivieren und nutzen. Darüber hinaus benötigen sie punktuell Informationen zur Produktion bzw. Dienstleistung – die entsprechend in Forschungsabteilungen oder quer durch das Unternehmen recherchiert, erzeugt oder eingekauft werden.

Demzufolge sollten wir von einer Informationsgesellschaft sprechen. Doch hat sich in der medialen Öffentlichkeit längst die Marke »Wissensgesellschaft« durchgesetzt. Sie ist ein meist positiv besetztes Schlagwort öffentlichen Handelns und wird in Abgrenzung zur Informationsgesell-

schaft auch mit neuen, sozialpolitischen Kontexten gerahmt: Sie ist breiter aufgestellt und versteht sich nicht nur als Marke für eine ökonomische Transformation. Im Mittelpunkt steht vielmehr eine emanzipatorische Politik rund um den Bürger als autonom handelndes Wesen.

Neuer Wein in neuen Schläuchen

Aber leben wir nun wirklich in einer Wissensgesellschaft? Kritiker wenden zu Recht ein, dass der Umgang mit Wissen nicht neu ist. Zu allen Zeiten hat Wissen einen enormen Wandel erfahren und war für gesellschaftliche Veränderungen von hoher Bedeutung. Die Differenz zum hier und heute lässt sich jedoch gut aufzeigen – sogar ohne ökonomische Schützenhilfe: Das Wissen ist es, das den Unterschied markiert – im 21. Jahrhundert hat es sich selbst entdeckt. Wissen thematisiert Wissen, stellt sich in Frage. Wissen ist riskant geworden und hat seine Absolutheit verloren.

Einen entscheidenden Anteil daran hat die Wissenschaft, die in den 50er und 60er Jahren helfen sollte, Entscheidungsprozesse zu rationalisieren und objektiver und damit intelligenter zu gestalten. Die Idee war die perfekte Planbarkeit sozialer und ökonomischer Vorgänge. Der Fortschritt wurde zum alles beherrschenden Ziel, die Natur (außen und innen) sollte unter Kontrolle zu halten sein, wenn nur das richtige Wissen vorhanden sei. Nach dieser Vorstellung sind Probleme beim Fortschritt nur kurzfristige Störungen, die mit einem Mehr an Wissen ausgeglichen werden können. Die Folgen dieser Politik markieren Ereignisse wie Tschernobyl und Bophal. Ihre Kerngedanken brachte Ulrich Beck mit der »Risikogesellschaft« auf den Punkt.

Eine Botschaft dieser Analyse ist, dass Wissenschaft eben nicht ein Mehr an Eindeutigkeit und Autonomie fördert, dass mehr Wissen nicht automatisch zu mehr Kontrolle führt. Stattdessen machen neue Wissensbegriffe die Runde: »unsicheres Wissen«, »nicht-wissenschaftliches Wissen«, und »Nichtwissen« verdeutlichen, dass eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung nicht mit Kontrolle, sondern mit Risikobewusstsein zu erreichen ist.

Der politische Weg zur Wissensgesellschaft

Über diese ökonomischen und soziologischen Diskussionen hinaus wurde die Wissensgesellschaft zunehmend zu einem Gegenstand politischer Verhandlungen. In den späten 80er und frühen 90er Jahren wurde der Begriff der Informationsgesellschaft von der Politik entdeckt und als mögliches Konzept verstanden, vor allem westliche Gesellschaften zu

modernisieren. In vielen politischen Reden, Verhandlungen zwischen UN-Institutionen und den Regierungen einzelner Länder kristallisierte sich dann die Notwendigkeit heraus, das Thema Wissens- bzw. Informationsgesellschaft global und umfassend zu behandeln. Ende 2003 fand der erste von zwei UN-Weltgipfeln zur Informationsgesellschaft statt. Dieser »World Summit on the Information Society« (WSIS) in Genf diskutierte mit rund 14.000 Teilnehmern und fast 200 Nebenveranstaltungen eine Vielzahl relevanter und zukunftsweisender Fragen. Dem ersten Teil folgt im November 2005 in Tunis die Abschlusskonferenz.

Bürgerengagement zur Wissensgesellschaft

Wie die meisten neueren UNO-Konferenzen möchte sich auch der WSIS den vielen Interessen von Bürgern und Wirtschaft öffnen und hat deshalb alle Akteure eingeladen, die zu den WSIS-Themen arbeiten und auf die Entscheidungen Einfluss nehmen wollen. Trotz der Absicht allen Akteuren ein ausgewogenes Mitspracherecht zu geben, finden die wichtigen Entscheidungen aber weiterhin zwischen den Regierungen statt. Wirtschaft und Zivilgesellschaft können lediglich über inhaltliche Stellungnahmen einwirken und haben nur Beobachterstatus.

In Deutschland beschäftigt sich eine WSIS-Arbeitsgruppe [1], die vom Netzwerk Neue Medien und von der Heinrich-Böll-Stiftung initiiert wurde, seit Sommer 2002 kontinuierlich mit dem Gipfel. Die Themen des WSIS werden dort erörtert, eine zivilgesellschaftliche Position entwickelt und eigene Interventionen geplant. Vertreter(innen) der Arbeitsgruppe fahren zu wichtigen Vorbereitungskonferenzen, um diese vor Ort im Sinne zivilgesellschaftlicher Positionen zu beeinflussen. Einzelne Mitglieder engagieren sich zudem in den Arbeitsgruppen der internationalen Zivilgesellschaftskoordination.

Ein Ergebnis inhaltlicher Diskussionen stellt die »Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft« dar (vgl. Abdruck in diesem Buch). Sie wurde im Herbst 2002 erstellt und ist anschließend ergänzt und öffentlich diskutiert worden. Mittlerweile liegt die Charta in der Version 3.0 vor. Sie wurde auf der dritten Vorbereitungskonferenz zum WSIS 2003 präsentiert.

Die Merkmale einer Wissensgesellschaft

Neben den bereits erwähnten Veränderungen der Produktionsweise lassen sich vielfältige Faktoren anführen, die dafür sprechen, dass der behauptete gesellschaftliche Wandel tatsächlich existiert:

- die wirtschaftliche Bedeutung des Informationssektors wächst,
- naturwissenschaftliche Erkenntnisse nehmen exponentiell zu,
- die via Datennetze verfügbare Informationsmenge steigt exponentiell an,
- universelle Multimedia-Dienste finden weite Verbreitung in der Bevölkerung,
- die Notwendigkeit einer informationstechnischen Basisqualifikation für alle wird politisch anerkannt,
- Informationstechnologien bestimmen den Berufsalltag auch traditionell technikferner Arbeitsplätze.

Wissengesellschaft geht mit fortschreitender Verwissenschaftlichung und medialem Wandel einher. Dies kann als Funktionalisierung von Wissen zu dessen Verwertbarkeit, als ein makro-ökonomischer Strukturwandel oder als emanzipatorischer Fortschritt gedeutet werden (Kuhlen 2001: 169). Alle diese Perspektiven fokussieren jeweils andere Details, verdeutlichen in ihrer Gesamtheit aber die vielfältigen Dimensionen und Faktoren, die die Wissensgesellschaft prägen.

Der Computer, die Medien und die Wissensgesellschaft

Mit der Entwicklung einer Wissensgesellschaft geht ein steigender Einfluss der Daten verarbeitenden Technologien einher. Der Siegeszug des »Computers als Maschine und Medium« (Esposito) ist untrennbar mit der Karriere einer Wissens- und Informationsgesellschaft verwoben. Die Netzwerkmedien gehen aus der Computer- und Telekommunikationstechnologie hervor und schaffen eine neuartige Form von Technologie. Nachdrücklicher denn je stellt sich daher die Frage nach dem Verhältnis von Wissen und Technologie, oder besser: von Wissen und Medien. Denn nicht nur die Technologie im Allgemeinen, sondern Medien im Speziellen erweisen sich als entscheidender Katalysator für den Wandel des Umgangs mit Wissen. So stellt Schmidt (1998: 349) fest, »dass wir in einer Mediengesellschaft leben, in der telematische Maschinen Wahrnehmung und Gefühle, Wissen und Kommunikation, Sozialisation und Interaktion, Gedächtnis und Informationsverarbeitung [...] beeinflussen, wenn nicht gar dominieren«. In den westlichen Gesellschaften strukturiert demnach ein breites Spektrum von Massen- und Individualmedien den sozialen Alltag. Mit den Neuen Medien entsteht ein zusätzliches Angebot, das sich in das bisherige Medienschema nicht problemlos einfügen lässt. Ein Moment des Wandels ist dabei die Veränderung des Wissens, denn Informationen bzw. Informationen über Informationen sind die zentralen immateriellen Waren des Internet. Durch die Digitalisierung ändern sich Erzeugung, Konservierung, Verbreitung und Nutzung von

Wissen grundlegend. Die Geburt der Neuen Medien wird sich langfristig informationstechnisch ähnlich auf die Konstitution von Wissen auswirken wie der Buchdruck.

Wissensgesellschaft als Bürgergesellschaft

In den politischen Debatten um die Wissensgesellschaft rückt insbesondere der Bürger in den Blickpunkt staatlicher Entwicklungsperspektiven. Als informierter Teilnehmer der Demokratie soll er sich aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligen, sich als Experte für das Alltagsleben einbringen und zunehmend Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Proklamiert wird der Wandel von einem väterlich behütenden Staat zu einem Gemeinwesen, in das sich jeder Einzelne als autonomes Wesen nach bestem Wissen und Gewissen einbringen soll.

Und dies hätte Folgen für den Staat: Mit der zunehmenden Handlungsmöglichkeit und Teilnahme am öffentlichen politischen Leben durch die Bürger sinkt die Durchsetzungsfähigkeit des Staates. Dies führt auch zu einem Verlust an Respekt gegenüber staatlichen Institutionen und Experten. Der Soziologe Nico Stehr behauptet deswegen eine hohe Zerbrechlichkeit solcher wissensbasierter Gesellschaften: »Moderne Gesellschaften sind Gebilde, die sich vor allem durch selbst produzierte Strukturen und eine selbstbestimmte Zukunft auszeichnen – und damit durch die Möglichkeit, sich selbst zu zerstören« (2001: 12).

Risiken drohen einer wissensbasierten Bürgergesellschaft auch von anderer Seite, denn Technik ist nicht per se förderlich für die Demokratie. Sie übernimmt eine zweiseitige Rolle: Trotz ihrer Potenziale für eine Stärkung der Demokratie, wie z.B. durch Transparenz der politischen Prozesse und Teilhabe an diesen Prozessen, befürchten Kritiker, dass ihr Beitrag zur Globalisierung diese fördert und damit die Demokratie schwächt. Technik, so die Forderung, müsse politisch gestaltet werden und dürfe nicht allein den Marktkräften überlassen werden, wenn sie einen positiven, Demokratie fördernden Einfluss auf Gesellschaft haben soll.

Aber auch auf den Bürger einer Wissensgesellschaft kommen als Verbraucher, Arbeitnehmer und Nachbar neue Aufgaben zu. Der Staat muss daher seine Bürger in die Lage versetzen, autonom sein Handeln zu bestimmen. Unabdingbar ist dafür der unbeschränkte Zugriff auf Informationen. Er muss aber auch dafür sorgen, dass seine Bürger kompetent mit diesen Ressourcen umgehen können: Universal Access, der unbeschränkte und freie Zugriff auf Informationen, und informationelle Autonomie, also die Fähigkeit über seinen Informationsgebrauch, die Auswahl und seine Privatsphäre unabhängig zu bestimmen, bedingen sich gegenseitig, sind untrennbar mit einer demokratischen Wissensgesell-

schaft verwoben (vgl. den Beitrag von Rainer Kuhlen in diesem Band). Mit der »Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft« haben viele Institutionen und aktive Bürgerrechtler im Rahmen des UN-Informationsgipfels 2003 ihre Forderungen für eine demokratische und informationell befriedete Gesellschaft formuliert.

Wandel als Chance

Der Umbruch zur Wissensgesellschaft nährt zahlreiche Hoffnungen, den Wandel mitgestalten und traditionelle gesellschaftliche Strukturen ablösen zu können. Bei aller Euphorie für das emanzipatorische Projekt Wissensgesellschaft muss aber deutlich bleiben, dass Wissen weltweit ungleich verteilt ist. Die Wissensgesellschaft ist in erster Linie ein westlich geprägtes Konzept und bei weitem nicht globale Wirklichkeit. In Teilen der Erde ist Wissen monopolisiert und schließt etliche Menschen von der Teilhabe daran aus. Betroffen sind hier meist sozial Schwache – zumeist Frauen und Mädchen. Es bedarf keiner internationalen Konferenzen, um die ethische Basis für eine zukunftsfähige globalisierte Wissensgesellschaft zu beschreiben: Freies Denken, Fragen und Forschen und die Freiheit öffentlicher Kommunikation, vor allem für die Meinungsäußerung, den Informationszugang und die Medien, müssen garantiert sein. Dass dies in vielen Ländern – trotz Artikel 19 der Charta der Menschenrechte – nicht gegeben ist, ist traurige Wahrheit und Ansporn zu gleich.

Aber auch die westlichen Gefilde gilt es zu gestalten: Die Netzwerkmedien sind nicht per se demokratisch oder freizügig. Nur wenn es gesellschaftlichen Aktivitäten gelingt, das Internet als auch als Bürgernetz zu prägen, ist die Wissensgesellschaft, besser die Google-Gesellschaft, eine Chance für mehr partizipative Demokratie.

Literatur

- Kuhlen, Rainer (2001): »Universal Access - Wem gehört Wissen?«. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft*. Münxter: Westfälisches Dampfboot, 164-197.
- Schmidt, Siegfried J. (1998): »Medienkulturwissenschaft«. In: Nünning, Ansgar (Hg.): *Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie*. Stuttgart: Metzler, 348-352.
- Steher, Nico (2001): »Moderne Wissensgesellschaften«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 36, 7-14.

Digitale Verweise

[@1] www.worldsummit2005.de

